



Ostermarsch München

Ostersamstag, 22. März 2008

Völkerrecht statt Faustrecht!

**Keine Militäreinsätze nach Außen und im Innern!
Gegen Sozialabbau und Demokratieabbau!**

- 9:45 Uhr **Ökumenischer Gottesdienst, St. Johannes, Preysingplatz**
- 11:00 Uhr **Auftaktkundgebung am Orleansplatz (Ostbahnhof)**
mit **Richard Forward**, Munich American Peace Committee
- 11:30 Uhr **Demonstrationszug vom Orleansplatz zum Marienplatz**
- 12:30 Uhr **Kundgebung auf dem Marienplatz**
mit **Paul Kleiser**, Sozialforum München, **Angelika Lex**, Rechtsanwältin
Walter Listl, Bündnis gegen Krieg und Rassismus
Grußwort der Stadt: **Sigi Benker**, Stadtrat
- 11:15 Uhr **Programm auf dem Marienplatz mit Infoständen**
– 15:00 Uhr Musik: **MondoBardi**, *Weltmusik*, und **Lea-Won**, *Sozialrap*
Sketch: **“Sicherheit ist die wahre Freiheit!”**
Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung



www.muenchner-friedensbuendnis.de

Spenden: Friedensbüro e.V. Kto. 41039–801 Postbank München BLZ 700 100 80

Münchner Friedensbündnis und Friedensbüro e.V.

Trägerkreis: Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen - Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. - Friedensinitiative Christen in der Region München - Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit - Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung - Mütter gegen Atomkraft München e.V. - Munich American Peace Committee - Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München - Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg - Pax Christi München - Schwabinger Friedensinitiative - Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten

ViSdP.: Klaus Mähler, Friedensbüro, Isabellastr. 6, 80798 München E.i.S.



Gefördert durch
Landeshauptstadt
München
Kulturreferat



Völkerrecht statt Faustrecht!

Keine Militäreinsätze nach Außen und im Innern!

Gegen Sozialabbau und Demokratieabbau!

Seit der Unterstützung der selbstmandatierten Nato-Intervention in Jugoslawien im Jahr 1999 befindet sich Deutschland im permanenten Kriegszustand.

Gegenwärtig ist die Bundesrepublik an elf Kriegseinsätzen im Ausland beteiligt. Durch den eindeutigen Bruch des in der UN-Charta festgelegten Völkerrechts soll die militärische Gewalt als Mittel des Konfliktmanagements und der neo-kolonialen Machterweiterung legitimiert werden. Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit werden in den - de facto - Besatzungsregimen Irak und Afghanistan Polizeikräfte, aber auch Nicht-Regierungs-Organisationen in die militärischen Auslandseinsätze integriert.

Die vorgeblichen Begründungen für Kriegseinsätze des letzten Jahrzehnts sollen neoliberale Interessen verschleiern – das weiß inzwischen jeder.

Rücksichtslos wird geostrategisch um den Zugang zu Rohstoffen gekämpft und dies als Krieg gegen Terrorismus deklariert. Dass sich der Terror als Gegenwehr in den angegriffenen Ländern inzwischen vervielfacht hat, wird billigend in Kauf genommen. Verschleiert werden auch die Ursachen für die Gegenwehr in den angegriffenen Ländern: Widerstand gegen den Neoliberalismus wird als Terrorismus dargestellt, dem nur mit weiterer Gewalt begegnet werden kann. Für Militäreinsätze werden so immer mehr Milliarden ausgegeben, während sie für die notwendigen sozialen Aufgaben fehlen.

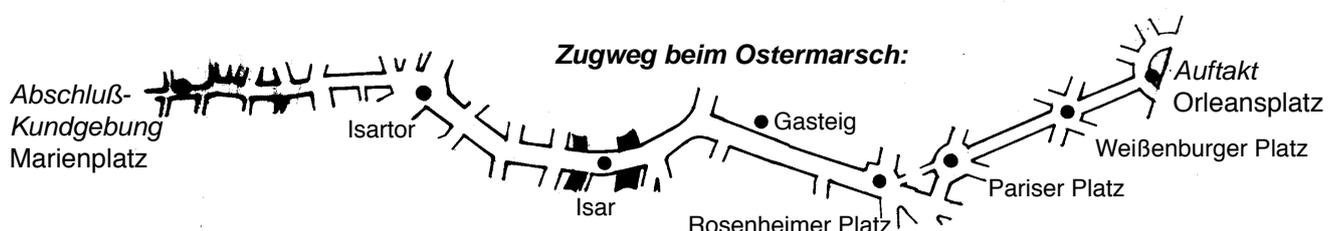
Der Krieg nach außen verschärft den durch die neoliberale Wirtschaftspolitik herbeigeführten Sozialabbau im Innern.

Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft ist inzwischen weit fortgeschritten. Die reichsten zehn Prozent verfügen über zwei Drittel, siebzig Prozent der Menschen in diesem Land nur über zehn Prozent des Volksvermögens. Etwa die Hälfte der Bevölkerung muss ihr gesamtes Einkommen für ihren Lebensunterhalt einsetzen. Es sind bereits 1,3 Millionen Beschäftigte davon abhängig, dass ihr Einkommen durch Hartz-IV aufgestockt wird. Prekäre Arbeitsverhältnisse werden in Zukunft zu noch mehr Altersarmut führen.

Als Folge des propagierten „Kriegs gegen den Terror“ werden demokratische Rechte abgebaut und die Bundeswehr im Innern eingesetzt, wie beispielsweise beim G8-Gipfel in Heiligendamm.

Zur Militarisierung des Landes gehört der Abbau demokratischer Grundrechte, der unter dem Deckmantel von „Anti-Terrormaßnahmen“ systematisch vorangetrieben wird. Die Unschuldsvermutung galt bisher als unverzichtbarer Bestandteil des Rechtsstaats, nun wird jede Bürgerin, jeder Bürger für den Staat prinzipiell zum Verdächtigen.

Zu den grundgesetzwidrigen Maßnahmen gehören vor allem: Videoüberwachung des öffentlichen und privaten Raumes, „Lauschangriffe“ auf Wohnungen, Überwachung und Vorratsspeicherung der Daten der Telefongespräche und der elektronischen Kommunikation, Einführung biometrischer Passdaten etc. Zur gleichen Zeit wird die bundesamtliche Steuernummer ab Geburt eingeführt, die als neue Personenkennziffer eine Abgleichung der Meldedaten aller Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Die Bundesrepublik Deutschland wird zum Überwachungsstaat. Der „gläserne Bürger“ wird Realität.



Die hemmungslose kapitalistische Wirtschafts- und Finanzpolitik wird rücksichtslos durchgesetzt, mit völkerrechtswidriger Kriegspolitik nach außen, dem Abbau demokratischer Rechte und sozialer Errungenschaften im Innern und dem ökologischen Raubbau weltweit. Dies bedroht nicht nur unser Land, sondern den ganzen Planeten.

Daher:

- **Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, Schluss mit den weltweiten Bundeswehreinmärschen**
- **das Völkerrecht einhalten**
- **das Verbot von Militäreinsätzen im Innern aufrecht erhalten**
- **den Demokratieabbau und die Entwicklung zum autoritären Staat verhindern**
- **wirkungsvolle Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an politischen Entscheidungen**
- **menschenwürdige Lebensverhältnisse bei uns und überall**



Unterstützer: (20.3.2008) Inge Ammon; Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Ortsgruppe München; attac München; Vera Bade; Ramon Baltar; Juliane Becker, SDAJ; Karin Bernhardt; Prof. Dr. Volker Bialas, Humanistische Union; Bikeforpeace-and-new-energies e.V.; Ayla Bohatsch; Klaus-Dieter Bornemann, Betriebsrat, IG Metall VK-Leiter; Margrit Braun, Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung; Bernt Bücking, Karikaturist/isw Mitarbeiter; Dr.-Ing. Adolf Caesperlein; Heidi Delbeck, Lehrerin; Volker Delf; DIDF-München; DIE LINKE. München; DKP Bezirk Südbayern; DKP Kreis München; FAU/IAA Lokalföderation München; Mathias Fiedler; Petra Finslerle, Club Voltaire München; Dr. Wolfgang Fischer, Initiative Emanzipation ad Humanum; Camilla Fornari; Petra Franek; Freidenkerverband München e.V.; Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen; Hans-Georg Frieser, Personalrat, ver.di-VL-Sprecher; Der Garlstedter Friedensmarsch; Franz Garnreiter, isw Mitarbeiter; Henriette Gau, SPD-Mitgl.München; GEW Stadtverband München; Gina Gillig, Vorstand Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V.; Magdi Gohary; Martin Gruber, GEW Vertrauensmann; Anton Habersetter; Bernd Haller, Montagsdemo München; Kim Hartmann; Beate Henkel, Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung; Dr. Angelika Holterman; Humanistisches Zentrum der Kulturen e.V.; Brigitte Huschka-Frieser, Personalrätin, ver.di-Vertrauensfrau; Franz Iberl; Interkulturelles Forum e.V.; Anton Kilger, Jurist; Hans Koller, ver.di-Senior; Christiane Kröll, Freidenkerin; Christel Kruse, EREPRO; Roland Liebaug, Montagsdemo München; Dunja Liebe; Nelly Limmer; Hans Limmer, Politologe; Walter Listl, DKP-Südbayern; Martin Löwenberg, VVN-BdA; Thomas Loihl, ver.di München; Klaus C. Lueger-Muth, prakt. Arzt; Wolfgang Meissner, Rechtsanwalt; Emmi Menzel, BI-FA; Helmut Menzel, Seniorenbeirat; Monika Metzeler; Bernd Michl, attac; Kornelia Möller, MdB DIE LINKE; Montagsdemo München; Reinhard Mosner, IGM BRV; Renate Müller, VVN-BdA, FI Christen in d.R. München; Hacki Münder, Personalratsvorsitzender, GEW-Mitglied; Elisabeth Muth, Ärztin f. Kinder- und Jugendpsychiatrie; Mutter Erde Naturkost; Karin Nebauer, Christian Neubarth; MFB; Nord Süd Forum München e.V.; Elfi Padovan; Peter Perau, DKP, SDAJ; Elke Petersen; Johanna Pfeffer, DFG-VK; Stephan Pickl, Pax-Christi-Mitglied; Sontje Plaas, FI Christen in der Region München; Dieter Rahnenführer, Montagsdemo München; Rechtshilfe für AusländerInnen München e.V.; Katja Richter; Angelika Riedl; Thomas Rödl, Sprecher DFG-VK LV Bayern; Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund, deutscher Zweig; Leo Sauer, DFG/VK München; R. Schips, Dr.med. Dipl.-Psych.; Julika Schips-Engl; Barbara Schlicht; Schmiede gegen den Krieg - Schmiede-Biennale Kolbermoor; Dr. Fred Schmid; Sonja Schmid; Linda Schneider; SDAJ Sozialistische deutsche Arbeiterjugend München; Dr. Erhard Seiler; Anna Seliger, Vorstand Neuhausen, Bündnis 90/Die Grünen; Dr. Helmut Selinger, Freidenker; Michael Siebe, Club Voltaire München; Sabine Siemsen, Die Linke; Trägerkreis EineWeltHaus München e.V.; Colin Turner, Bundessprecher Linksjugend [solid]; Ursula Uhrig, Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung; Mechthild v. Walter, Stadträtin ÖDP; Richard Weber, Friedensbewegung Murnau u.Umgebung; Rosemarie Wechsler, Pax Christi; Sven Weichelt, Greenpeace; Andreas Winderl; Frank Winkler, Bikeforpeace-and-new-energies e.V.; Peter Willmitzer, IG Metall; Franz Wirrer; Kurt Wirth; Brigitte Wolf, Stadträtin der LINKEN; - dazu der Trägerkreis (siehe Vorderseite)

Unterstützt den Ostermarsch mit Eurem Namen und/oder einer Spende! - (Veröffentlichung weiterhin im Web!)

Name (Funktion, Beruf):

(oder) Gruppe:

Adresse:

Ich möchte zukünftig den Rundbrief des Friedensbündnisses -möglichst per Mail, bitte angeben.

Ich/wir überweise/n Spende für den Ostermarsch

Konto: Friedensbüro, Postbank Kto.Nr. 410 39-801, BLZ 70010080 (Stichwort Ostermarsch)

zurück an: Friedensbüro, Isabellastr. 6, 80798 München, oder Fax 089/2715917 oder via Mail/Webseite:

<http://www.muenchner-friedensbuendnis.de>, E-Mail: friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de

Mitarbeit ist jederzeit möglich!

Ostermarsch München 2008

Irak – fünf Jahre nach dem Angriff

Vor fünf Jahren, am **20. März 2003** begann der Angriff von USA und weiteren NATO-Staaten auf den Irak. Die Bundesregierung hat dem Angriff nicht förmlich zugestimmt, ihn aber praktisch durch Logistik in Deutschland und in Nahost systematisch unterstützt. Das Bundesverwaltungsgericht hat dies ausdrücklich als klaren Gesetzesbruch festgestellt (Urteil Florian Pfaff), bisher ohne Konsequenzen. Das eigentliche Kriegsziel der USA - die Region unter ihre Kontrolle zu bringen - funktioniert bestens für die Konzerne die daran verdienen - die Bevölkerung bleibt Opfer. Eine Perspektive bietet nur ein bedingungsloser Abzug der Besatzer!



60 Jahre Israel, 60 Jahre Al-Nakba (die Katastrophe)

Am 14. Mai 1948 wurde an dem Tag, an dem das britische Mandat für Palästina endete, in Palästina der Staat Israel ausgerufen. Nach einem Jahr kriegerischer Auseinandersetzungen mit den Nachbarstaaten hatte Israel 1948 78 % Palästinas erobert und aus diesem Gebiet den Großteil der einheimischen Bevölkerung vertrieben. Die Gründung Israels wurde zu Al-Nakba, der Katastrophe für die Palästinenser. Im Jahre 1967 eroberte Israel Restpalästina und begann mit der völkerrechtswidrigen Besiedlung von fast der Hälfte dieses Gebietes. Heute leben von rund 10 Millionen Palästinensern knapp 4 Millionen unter israelischer Besatzung in Restpalästina, weitere 1,4 Millionen als Bürger zweiter Klasse in Israel, und der Rest als die zur Zeit größte registrierte Flüchtlingsgruppe überwiegend in arabischen Staaten; 1,3 Millionen leben in Flüchtlingslagern. In Gaza hat Israel ein Gefängnis mit extremer Mangelversorgung für 1,5 Millionen Insassen eingerichtet, von denen pro Jahr gut 300 getötet werden, mit steigender Tendenz.

Zur Situation in Gaza schrieb der UN-Menschenrechts-Sonderbeauftragte für Palästina im Januar 2008: **“Zuallererst ist Israel als die Besatzungsmacht verpflichtet, die Verletzungen des Humanitären Völkerrechts zu beenden. Aber andere Staaten, die an der Belagerung Gazas teilhaben, verletzen in gleicher Weise das Humanitäre Völkerrecht und sind verpflichtet, ihr ungesetzliches Handeln zu beenden”.**

Zivile Friedensdienste

Militärische Interventionen werden meist als friedensschaffende Mittel legitimiert. Frieden schafft man aber nicht mit Gewalt. Längst sind Konzepte zur zivilen Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbearbeitung entwickelt. Ausgebildete Friedensfachkräfte können auf erfolgreiche gewaltpräventive und deeskalierende Arbeit und auf versöhnungsorientierte Prozesse in Bevölkerungsgruppen von Krisenregionen verweisen. Es mangelt jedoch an finanzieller und medialer Unterstützung der beteiligten Staaten, und es fehlt der politische Wille. Es ist dringend nötig, Idee und Praxis des Zivilen Friedensdienstes in der Gesellschaft zu verbreiten und von den Politikern zu fordern, für Zivile Friedensdienste viel mehr Mittel bereit zu stellen.

Afghanistan – die Täuschungen beenden

Die Kette der Skandale zum Afghanistankrieg reißt nicht ab - schon der irreführende Vorwand zum Angriff damals bleibt ein Skandal. In jüngster Zeit zeigt das Verwirrspiel um immer mehr Kampfeinsätze - ob im Norden oder im Süden - erneut das Scheitern der behaupteten Ziele. Jetzt beteiligt sich die Bundeswehr an Einsätzen mit afghanischen Kindersoldaten. Gleichzeitig wird mit den berüchtigten US-Söldnerfirmen zusammengearbeitet. Diese Afghanistanpolitik wird dann verständlich, wenn man als "eigentliches Ziel" nicht Terrorbekämpfung oder das Wohl der Bevölkerung, sondern die strategische Kontrolle der Region mit Hilfe einer Marionettenregierung erkennt. Dazu kann in der Tat immer mehr Militärgewalt erforderlich werden - insbesondere wenn die Einheimischen sich ganz unabhängig von Religionsfragen gegen diese Besatzungspolitik zur Wehr setzen.

50 Jahre Ostermarsch

Ostern 1958 formierten sich die britischen Pazifisten um **Bertrand Russel** zum ersten Ostermarsch - eine mehrtägige Wanderung von London zum britischen Atomwaffenlaboratorium **Aldermaston**. Damals entstand das Peace-Zeichen als Logo der **“Campaign for Nuclear Disarmament” (CND)** - bis heute beim Ostermarsch vorne drauf!



1960 gab es die ersten Ostermärsche in Deutschland: -**Bergen-Hohne** und -**ja!** - auch in **München**. Der Ostermarsch legte in den 70ern eine Pause ein - seit der “Neuaufnahme” 1982 gibt es ihn aber (nicht nur) in München jährlich in Folge.

“Ostermarsch Draussen” zur NATO-Schule Oberammergau



“Nicht für das Leben, für das Töten lernen wir” - dort die Ausbildung für die neuen NATO-Strategien - bei der BIFA die traditionell familienfreundliche Friedenswanderung am **Ostermontag, 24. März**, auf einem ausichtsreichen Panoramaweg zur NATO-Schule in Oberammergau. Treffpunkt ist am Hauptbahnhof München 10:15h (wg. Bayerticket!) vor Gleis 28 (am Starnberger Bf.), Abfahrt 10:32h. Begrüßung/Auftakt um 12:15 Uhr am Bahnhof in Unterammergau. Informationen unter www.bifa-muenchen.de oder Tel. 089/181239

Anmeldung ist nicht erforderlich, aber willkommen. Gehzeit: 2:45 Std., reichlich Pausen und Picknick